

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat IV, Bürgeramt

Beteiligung:

Betreff:

Kommunaler Integrationsplan

Beschlussvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Ausländerrat/Migrationsrat	21.09.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Ausländerrat/Migrationsrat	20.10.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Ausschuss für Integration und Chancengleichheit	26.10.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	17.11.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	24.11.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	02.12.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Mitglieder des Ausländerrats/Migrationsrats, des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit, des Haupt- und Finanzausschusses und des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses empfehlen dem Gemeinderat, den Kommunalen Integrationsplan für Heidelberg zu beschließen.

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Kommunaler Integrationsplan Heidelberg

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3	+	Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern
QU 5		<p>Ziel/e: Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung unterstützen</p>
QU 6		<p>Ziel/e: Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen</p>
SOZ 1, 2		<p>Ziel/e: Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern, Diskriminierung und Gewalt vorbeugen</p>
SOZ 3		<p>Ziel/e: Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern</p>
DW 3		<p>Ziel/e: Lebenslanges Lernen unterstützen</p>
DW 4		<p>Ziel/e: Integration und interkulturelle Handlungsansätze fördern</p> <p>Begründung: Alle o .g Ziele sind im kommunalen Integrationsplan enthalten und dienen damit den Integrationsbemühungen der Stadt Heidelberg, die zum sozialen Frieden, zum gleichberechtigten und friedlichen Zusammenleben aller Heidelberger/innen und zum kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Wohl aller Bürger/innen beitragen.</p>

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

1. Entwicklung des kommunalen Integrationsplans Heidelberg (KIP)

„Mit allen und für alle“ – ist das Motto der Heidelberger Integrationspolitik, das als roter Faden den Prozess der Erstellung des kommunalen Integrationsplans durchzieht. Die Stadt Heidelberg will mit diesem Plan deutlich machen, dass kulturelle Vielfalt eine Bereicherung darstellt und Integrationspolitik sich an einheimische und zugewanderte Menschen gleichermaßen richtet.

Heidelberg will seine Stärke als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort noch besser nutzen, um Weltoffenheit, Toleranz und ein friedliches Miteinander zu demonstrieren. So steht die Stadt besonders für die Zukunftschancen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ein, die aus bildungsferneren Schichten kommen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, wurden verschiedene Rahmenbedingungen geschaffen:

1. Neben der **interkulturellen Öffnung der Verwaltung** wurden mit dem vom Gemeinderat am **02.08.2006** beschlossenen **Handlungskonzept – Demographischer Wandel** (DS: 0232/2006) unter anderem auch Vorschläge und Anregungen des Ausländerrates/Migrationsrates zum Thema Integration und Migration aufgenommen. Insbesondere wurde eine **Stabsstelle für Migration** mit der **Migrationsbeauftragten** sowie ein **Sachgebiet Migration und Bürgerschaftliches Engagement** im Bürgeramt eingerichtet, das zum neuen Dezernat für Integration, Chancengleichheit und Bürgerdienste gehört.
2. Im Haushaltsplan **2007/2008** wurde das Ziel „**Erstellung eines Integrationsplans für und mit Migrantinnen und Migranten**“ festgehalten. Parallel dazu haben verschiedene Auftaktveranstaltungen stattgefunden, um die Bedeutsamkeit der Migrationsarbeit in Heidelberg hervorzuheben und klar zu machen, dass Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte eine Querschnittsaufgabe durch die gesamte Verwaltung ist und der Unterstützung von Expertinnen und Experten in Heidelberg (z. B. Wohlfahrtsverbände, Bildungseinrichtungen, Wirtschaft, Wissenschaft, Behörden, Parteien, Kirchen, Vereine, Migrantenselbstorganisationen etc.) bedarf.

Für die Erstellung des kommunalen Integrationsplans war es wichtig, die Öffentlichkeit für das Thema Integration in Heidelberg sensibel zu machen und miteinander in einen Dialog zu treten. Das gelang insbesondere durch den **partizipativen und praxisorientierten** Ansatz, den die Verwaltung gewählt hat und der zusätzlich durch die **Standortbonität** Heidelbergs noch gefördert wurde. In der Praxis sah es so aus, dass **Arbeitsgruppen** gebildet wurden, die mit Persönlichkeiten aus dem Integrationsbereich besetzt waren und ab Juni 2008 bis 2009 in ca. sechs Sitzungen Handlungsempfehlungen, Zieldefinitionen und Projektvorschläge erarbeitet haben.
3. Gleichzeitig wurde im **Frühjahr 2008** im Rahmen einer **Bestandsanalyse** eine **Fragebogenaktion** über Integrationsprojekte von Initiativen, Vereinen und Institutionen durchgeführt. Damit wurden erstmalig alle Heidelberger Integrationsprojekte aufgelistet und gebündelt. Eine Schlussfolgerung war, die Sprachförderung und Bildung/Ausbildung bei Kindern und Jugendlichen auszubauen sowie weitere Netzwerke aufzubauen. Dieses Ergebnis deckt sich weitgehend mit den gewünschten Eingliederungsangeboten für Menschen mit Migrationshintergrund aus der **Sinus-Migrantenstudie** (DS: 0036/2009), die darüber hinaus noch Wünsche nach mehr Unterstützung bei der Arbeitssuche, Schul- und Ausbildungsberatung und Sprachkursen enthielt.

4. Die **Sinus-Studie**, die die Lebenslagen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Heidelberg im Rahmen einer Telefonumfrage im **Herbst 2008** untersucht hat, gilt als repräsentativ und ist bundesweit anerkannt. Sie hat deutlich gemacht, dass Heidelberg im Vergleich zu anderen Kommunen im Bereich der Integration bereits gut aufgestellt ist. Die wirtschaftlich und sozial gehobenen Milieus, insbesondere das intellektuell-kosmopolitische Milieu ist mit 48 Prozent absolut dominant. Dagegen spielen die unterschichtigen Milieus, in denen sich Integrationsdefizite häufen (ähnlich wie bei der entsprechenden einheimischen Bevölkerung), zahlenmäßig eine geringe Rolle in Heidelberg; das entwurzelte Milieu beträgt nur vier Prozent und das religiös verwurzelte Milieu ein Prozent. Dieses Ergebnis erleichtert es, nicht vorrangig nach einem defizitären Lösungsansatz zu suchen, sondern sowohl die „schweigende“ Minderheit als auch die sogenannte gut integrierte Mehrheit gleichermaßen im Fokus zu behalten und mit entsprechenden Maßnahmen zu erreichen. Somit kann Heidelberg beispielgebend für andere Kommunen werden.

5. Um diesen Prozess zügig voranzubringen, wurde im **Juli 2009** die **Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)**, die besonders Kommunen in der Entwicklung von Integrationsplänen auf Grund ihrer Erfahrungen und Kompetenzen effizient begleitet hat, beauftragt, die Verwaltung bei dem Zusammenfügen der verschiedenen Bausteine zu unterstützen. In drei großen **Steuerungsrunden** wurden ab **Mitte Juli 2009** Ziele und Maßnahmen abgeglichen, priorisiert und ständig fortgeschrieben. Dabei wurde ein intensiver Austausch zwischen Verwaltung und Arbeitsgruppen über bereits bestehende und noch zu entwickelnde Maßnahmen geführt. Insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation war es der Verwaltung wichtig, dass Maßnahmen, die bereits gut laufen, verstetigt werden und Vorschläge, die zur Zeit nicht realisiert werden können, als mittel- oder langfristige Projekte aufgenommen werden. Außerdem sollen verstärkt die Maßnahmen berücksichtigt werden, die von EU, Bund oder Land gefördert werden könnten um den kommunalen Haushalt nicht zu überfordern. Ein weiteres Ergebnis aus der Bestandsanalyse und den Steuerungsrunden war darüber hinaus, dass vorrangig der Netzwerkaufbau und die Stärkung der Koordination der Akteurinnen und Akteure mit den vorhandenen Ressourcen geleistet werden sollten. In vielen zusätzlichen Gesprächen wurden daher alle Projekte/Handlungsempfehlungen sowie Zielformulierungen mit den internen und externen Fachkräften abgestimmt, was die Fertigstellung des kommunalen Integrationsplans zwar zeitlich verzögert hat, dafür aber allen Beteiligten ermöglicht hat, zu einem **gemeinsamen tragfähigen** Plan zu gelangen.

2. Umsetzung und Fortschreibung des kommunalen Integrationsplans

Der vorliegende kommunale Integrationsplan Heidelberg ist daher eine Handlungsanweisung, die „gelebt“ werden soll. Deshalb sind die aktive Gestaltung von Vielfalt auf allen Ebenen im gesellschaftlichen Leben sowie die Umsetzung der enthaltenen Maßnahmen von großer Bedeutung. Damit dies gelingt, sind eine effiziente **Steuerung** und ein gutes **Monitoring** erforderlich.

Dazu werden im Zuge der Umsetzung, das heißt in einem nächsten Schritt, die passenden Indikatoren zusammen mit den beteiligten Fachämtern ausgewählt, um die Wirkung der im kommunalen Integrationsplan vereinbarten Maßnahmen und Projekte zu bewerten. Es existieren inzwischen unterschiedliche Indikatoren im Bereich der Migration/Zuwanderung. Sie sind auf ihre konkrete Aussagekraft hinsichtlich der Bewertung der Heidelberger Verhältnisse zu überprüfen. Genauere Erkenntnisse über Ergebnisse und Wirkungen im Projektverlauf tragen zur Verbesserung der Steuerung und damit der Erfolgsaussichten eines Vorhabens bei und dienen gleichzeitig einer glaubwürdigen Rechenschaftslegung gegenüber der Öffentlichkeit. Dabei setzt das Wirkungsmonitoring auf dem indikatorengestützten Umsetzungsbericht zum STEP auf. In dieser Phase ist zu berücksichtigen, dass Qualifizierungs- und Integrationsprozesse erst über einen längeren Zeitraum zu messbaren Ergebnissen führen, so dass ein entsprechender Zeitrahmen zur Bewertung ermöglicht werden muss.

Den gemeinsamen Weg, den die Verwaltung bis zur Fertigstellung des kommunalen Integrationsplans in Heidelberg gegangen ist, möchte sie auf alle Fälle fortsetzen und auch künftig interne sowie externe Expertinnen und Experten der Stadt einbeziehen, um unterschiedliche Perspektiven zu berücksichtigen, Erfahrungen aufzugreifen und interkulturelle Vielfalt in der eigenen Praxis zu leben. Denn auch wenn dieser Prozess längere Zeit in Anspruch genommen hat als geplant, so hat sich gezeigt, wie wichtig eine breite Beteiligung und zielgerichtete Rückkoppelung ist. Gute Einbindung vieler unterschiedlicher Perspektiven sowie gute Integration zahlen sich auf lange Sicht aus.

Es ist geplant, den kommunalen Integrationsplan für Heidelberg im Rahmen einer Feier nach der Behandlung im Gemeinderat öffentlich zu präsentieren und allen Beteiligten für ihr großes Engagement zu danken.

gezeichnet
Wolfgang Erichson